



Open Doors – Weltverfolgungsindex 2023 - Trends und Entwicklungen

Weltweit sind mehr als 360 Millionen Christen einem hohen bis extremen Maß an Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt. Die Intensität der Verfolgung ist im Vergleich zum Vorjahr unverändert hoch. Das belegt der neue Weltverfolgungsindex 2023, eine Rangliste der 50 Länder mit der stärksten Christenverfolgung.

Die 50 Länder sind den Kategorien »extreme Verfolgung« (81–100 Indexpunkte) und »sehr hohe Verfolgung« (61–80) zugeordnet. Davon sind aktuell mehr als 312 Millionen der insgesamt dort lebenden rund 725 Millionen Christen betroffen. In 26 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen Maß an Verfolgung und Diskriminierung (41–60). Die Intensität der Verfolgung und damit die Positionierung auf dem Weltverfolgungsindex (WVI) lässt sich an der Gesamtpunktzahl für ein Land ablesen.

Die Verfolgung von Christen wegen ihres Glaubens geht in einigen Ländern von Regierungen aus, oftmals aber auch von extremistischen religiösen und politischen Gruppen. Iran und China sind zwei aktuelle Beispiele dafür, wie Regime gegen „Abweichler“ wie etwa Christen in ihrem Land vorgehen. Insgesamt werden sie in 76 Ländern diffamiert, schikaniert, inhaftiert, geschlagen, vertrieben und ermordet, weil sie sich zu Jesus Christus bekennen. Der Berichtszeitraum des aktuellen Weltverfolgungsindex ist der 1. Oktober 2021 bis 30. September 2022. Während dieser Zeitspanne wurden 5.521 Christen wegen ihres Glaubens ermordet, davon 5.014 allein in Nigeria. Dieser Zahl stehen 5.898 dokumentierte Fälle im Vorjahr gegenüber. Die Dunkelziffer liegt mutmaßlich deutlich höher. In China wurden wie im Vorjahr die meisten Kirchen oder kirchlich genutzte Gebäude geschlossen oder zerstört.

Die sehr angespannte Sicherheitslage sowie Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben in etlichen Ländern die Dokumentation von Verfolgung und Diskriminierung gegen Christen erschwert.

Folgende Entwicklungen prägen die Verfolgungssituationen für Christen im aktuellen Weltverfolgungsindex (WVI):

- 1) Gewalt gegen Christen in Subsahara-Afrika erreicht neuen Höchststand
- 2) Chinas fortschreitender Autoritarismus - Vorbild für immer mehr autokratische Regime
- 3) Die Lage der Christen in Afghanistan ist unübersichtlich
- 4) Nicaragua und andere Länder in Lateinamerika erhöhen Druck auf Christen
- 5) Exodus der Christen aus dem Nahen Osten hält an

1. Gewalt gegen Christen in Subsahara-Afrika erreicht neuen Höchststand

Die seit Jahren zunehmende Verfolgung von Christen in Ländern südlich der Sahara hat eine neue Dimension von Gewalt erreicht. Von den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex (WVI) befinden sich 13 in Subsahara-Afrika. In 8 der 13 Länder liegt das Auftreten von Gewalt im „extrem hohen“ Bereich. In 13 weiteren Ländern leiden Christen unter einem zumindest hohen Maß der Verfolgung (mind. 41 Indexpunkte), auch dort stieg die Gewalt an, insgesamt in den Ländern Subsahara-Afrikas durchschnittlich fast um 1 Punkt, das ist ein Anstieg um etwa 5 Prozent.



Islamistische und andere bewaffnete Gruppen haben etwa in Nigeria (#6), Burkina Faso (#23), Mosambik (#32) und der Demokratischen Republik Kongo (#37) mit Angriffen auf mehrheitlich christliche Dörfer und Regionen Zehntausende vertrieben. Christen, die trotz der Angriffe bleiben, müssen mit zunehmender Feindseligkeit durch die muslimische Bevölkerung rechnen, die sich in vielen Fällen mit den Islamisten solidarisiert und sich gegen die Christen stellt – so etwa bei den fortwährenden Angriffen der „Allied Democratic Forces (ADF) in der [Demokratischen Republik Kongo](#). Dort wurden bei einem Angriff auf ein von Christen geführtes Krankenhaus am 7. Juli 13 Menschen ermordet.

Die oft schwachen und korrupten Regierungen in der Region setzen dieser Entwicklung wenig entgegen. Armut und Hunger wurden vielerorts durch den Krieg Russlands und die Folgen der Pandemie verstärkt. Dadurch finden sich die meisten der geflüchteten Christen auf ihrer ohnehin gefährlichen Flucht in einem Kampf ums nackte Überleben wieder. Hilfe finden sie oftmals bei Kirchengemeinden in Regionen, die weniger von Gewalt betroffen sind und die häufig von christlichen Hilfswerken wie Open Doors unterstützt werden. Viele der Christen sind außerdem Konvertiten und erleiden deshalb in Flüchtlingscamps weitere Gewalt von den überwiegend muslimischen Flüchtlingen, so dass sie diese Camps meiden. Dort fehlt es oft an der nötigen Sicherheit, insbesondere für Frauen und Mädchen.

Ein weiterer Faktor sind die sich vermehrt abzeichnenden Auswirkungen der Klimaveränderungen, die zusätzlich die Existenzgrundlage der Menschen angreifen. Jetzt mussten sie ihre Heimat und manchmal ihr Land verlassen. In solchen Situationen sind Christen oft doppelt verletztlich, wie im Open Doors-Bericht „Church on the Run“ dokumentiert.

Diese Situation ist ein fruchtbarer Boden für die Ausbreitung des Dschihadismus, der einen Vorwand für Militärdiktaturen geschaffen hat, um Regierungen zu stürzen, wie in Mali (#17) und Burkina Faso. In islamisch dominierten Regionen sind Christen wegen ihres Glaubens Druck und Schikanen ausgesetzt – besonders dort, wo sich die Rechtsprechung auf die Scharia gründet. Das beginnt bereits in den Schulen und Universitäten und setzt sich am Arbeitsplatz und in anderen Bereichen der Gesellschaft fort; oftmals sind auch Behörden und Medien daran beteiligt. Hinzu kommen die immer engeren Verbindungen von Islamisten, dem organisierten Verbrechen sowie bewaffneten Gruppen, die oft an illegalen Geschäftsbeziehungen beteiligt sind. In diesem Bereich gilt Westafrika als Drehscheibe. Das betrifft den internationalen Drogenhandel von Lateinamerika nach Europa, genauso wie Menschenhandel und auch den Handel mit geschützten Wildtieren. Die Kirche ist in solchen gewalttätigen, chaotischen Situationen verwundbar.

Die dramatisch negativen Folgen für Christen zeigen sich etwa in Nigeria. Dort sind Christinnen weit häufiger Opfer von Entführung (4.726 im WVI 2023) und Versklavung als andere gesellschaftliche Gruppen. Auch die Anzahl der Angriffe auf Dörfer sowie die Anzahl der Getöteten ist unter den Christen oft um ein Vielfaches höher – die weitaus häufigere Zerstörung von Kirchen gegenüber Moscheen komplettiert das Bild von der gezielten Vertreibung und Auslöschung der christlichen Bevölkerung.

2. Chinas fortschreitender Autoritarismus - Vorbild für immer mehr autokratische Regime

China ist bestrebt, in vielen Bereichen die internationale Agenda zu dominieren. Mit seinem Modell des Autoritarismus ist China besonders für autokratische Staatschefs ein scheinbar erfolgreiches Vorbild. Seit der Machtübernahme von Xi Jinping setzt sich diese Entwicklung fort



und hat sich mit der Einführung des Sozialkreditsystems sowie der 2018 veröffentlichten neuen Gesetzgebung im Bereich der Religion stetig verfestigt. Christen werden direkt aufgefordert, ihren Glauben abzulegen. Aktuell treibt China die Bildung einer internationalen Allianz zur Neugestaltung der Menschenrechte voran. Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit gehören nicht dazu.

Einige Beobachter nennen das "[rechtsfreie Entwicklung](#)". Ein Blick auf ihre Ambitionen ist in der [Rede des chinesischen Außenministers](#) im UN-Menschenrechtsrat vom 22. Februar 2021 zu sehen, in der nicht klassische Vorstellungen von gottgegebenen Rechten, sondern das "Recht" auf Entwicklung und Glück betont wurden. China versucht, diesen Revisionismus in den Mainstream der internationalen Diplomatie zu drängen, zum Teil indem es versucht, die Aufgaben der Vereinten Nationen neu zu definieren – und vor allem, indem es filtert, wer an Debatten darüber teilnehmen darf, wie Menschenrechte in Zukunft gestaltet werden sollen.

Auf der andern Seite hat der technologische Fortschritt chinesischen Christen ermöglicht, im Bereich von Evangelisation neue Wege zu gehen. Manche Pastoren nutzen etwa Social-Media-Plattformen wie WeChat für 60-sekündige Sprachnachrichten, um den Behörden keine Predigtetails vorlegen zu müssen. Christliche Inhalte waren auf einigen Online-Plattformen zwar trotz der neuen Gesetze zur Regulierung religiöser Inhalte im Internet vom März 2022 noch verfügbar, wer diese aber ohne staatliche Lizenz anbietet oder darauf zugreift, wird strafrechtlich verfolgt.

Deshalb ist die Nutzung digitaler Plattformen zunehmend mit Risiken verbunden. So wurde im August 2022 der Pastor einer Hauskirche festgenommen und zu einer Strafzahlung von umgerechnet 13.700 Euro verurteilt, nur weil er christliche Literatur im Internet gekauft hatte. Gegenüber dem Vorjahr hat sich China im Ranking des WVI von Rang 17 auf 16 verschlechtert.

Beispiele für autokratische Regime und deren Unterdrückung christlicher Gemeinschaften

Nachahmer Chinas sind Länder wie Sri Lanka, Malaysia (#43) und Myanmar (#14). Dort hat die Armee der Regierung [eine der größten Kirchen im Land und weitere Kirchen](#) sowie hunderte Häuser von Christen zerstören lassen, weil sie angeblich die nationale Einheit bedrohen. Russland sowie die zentralasiatischen Staaten Aserbaidschan, Kasachstan (#48), Kirgisistan, Turkmenistan (#26), Usbekistan (#21) und Tadschikistan (#44) folgen dem Weg Chinas. In [Tadschikistan](#) etwa erlaubt das „Staatliche Komitee für religiöse Angelegenheiten“ keine Registrierung weiterer Kirchen, wer jünger als 18 Jahre ist, darf an Gottesdiensten nicht teilnehmen.

- In der Türkei (#41) lässt die islamisch-nationalistische Regierung wenig Raum für Christen. Vielmehr schürt sie ihnen gegenüber mit aggressiver Rhetorik Misstrauen, was zu starkem gesellschaftlichen Widerstand führt. Während des Berichtszeitraums wurden etliche Kirchengebäude beschädigt, entweiht, in Moscheen umgewandelt oder anderweitig angegriffen. Insbesondere christliche Asylbewerber und Flüchtlinge (einschließlich Konvertiten vom Islam) aus Ländern wie Iran, Afghanistan und Syrien waren erheblicher Diskriminierung und Misshandlung ausgesetzt.

- Algerien (#19) ist ein weiteres Beispiel für anhaltende Feindseligkeit gegenüber dem christlichen Glauben von staatlicher Seite. Im Berichtszeitraum erhöhte die Regierung den Druck auf die Kirchen, indem sie Christen und ihre Leiter gleichermaßen verfolgte und verurteilte. Zusätzlich zu den bereits in den Vorjahren geschlossenen wurde die Schließung vier weiterer Kirchen



angeordnet. Viele Kirchengemeinden haben wegen des erhöhten Drucks ihre Aktivitäten eingeschränkt. Das hat dazu geführt, dass zahlreiche Gemeindeglieder nicht mehr erreicht werden und somit isoliert sind. Algerien setzt zunehmend Gesetze zur Bekämpfung von Terrorismus und Geldwäsche ein, um gegen Gemeinden und einzelne Christen vorzugehen.

- Iran (#8) Die politischen Institutionen des Landes werden von religiösen Hardlinern beherrscht. Die staatliche Überwachung nimmt zu, und die Behörden greifen immer stärker in das tägliche Leben und die Aktivitäten der Christen ein. Der Druck auf sie lag in allen Lebensbereichen auf extrem hohem Niveau. Die Zahl dokumentierter gewaltsamer Übergriffe, einschließlich Entführungen, ist gestiegen.

- Indien (#11): Indiens Christen sind seit 2014 extrem hoher Gewalt ausgesetzt. Aufgrund der Anti-Bekehrungs-Gesetze in 11 Bundesstaaten kam es häufig zu willkürlichen Verhaftungen von Kirchenleitern und Christen, insgesamt wurden für Indien 1.711 dokumentiert. Dadurch sehen sich insbesondere extremistische Hindus ermutigt, ihre Angriffe auf Christen sowie deren Häuser und Gottesdienste zu verstärken. Seit die Regierung von Premierminister Narendra Modi im Mai 2014 an die Macht kam (und im Mai 2019 mit einem noch größeren Mandat wiedergewählt wurde), hat der Druck auf Christen in Indien erheblich zugenommen. Angriffe auf sie sind an der Tagesordnung, während die Angreifer in den allermeisten Fällen nicht belangt werden.

- Nicaragua (#50) ist 2023 zum ersten Mal unter den 50 Ländern des Weltverfolgungsindex. Die Regierung tritt ähnlich wie die Regierungen von Kuba, Venezuela und anderen lateinamerikanischen Ländern zunehmend autokratisch auf. Christliche Gemeinden werden immer stärker unterdrückt (vgl. Abschnitt 4).

Allein die Existenz christlicher Gemeinschaften stört viele Regime in Lateinamerika. Das gilt umso mehr, wenn christliche Aktivisten ihre Stimme erheben und die Versuche der Regime, ihre Bürger zu kontrollieren, vereiteln. Unter dem Deckmantel von „Stabilität“ und „Sicherheit“ üben Autokraten immensen Druck auf Kirchenleiter aus, wenn diese das Evangelium verkünden und das Recht auf Religions- und Gewissensfreiheit für alle Bürger einfordern. Wer sich weigert, die Regierungspartei zu unterstützen, kann als „Unruhestifter“, „Gefährder der nationalen Sicherheit“ oder sogar „Terrorist“ gebrandmarkt werden. Ihnen drohen Verhaftungen, außerdem der Abriss oder die Schließung von Kirchengebäuden und der Verlust der Kirchenregistrierung.

3. Die Lage der Christen in Afghanistan ist unübersichtlich

Obwohl sich die Lage für einheimische Christen in Afghanistan nicht verbessert hat, wurde das Land von Rang 1 auf Rang 9 zurückgestuft. Nach der turbulenten Machtübernahme durch die Taliban im August 2021 änderte sich die Dynamik im Land. Im Berichtszeitraum des Vorjahres (WVI 2022) war der Wert für das Auftreten von Gewalt aufgrund der Ermordung von Christen, zahlreicher Übergriffe gegen sie sowie der erzwungenen Flucht hunderter christlicher Familien auf 15 Punkte (von 16,7 möglichen) gestiegen. Viele Christen sind ins Ausland geflohen, Hauskirchen wurden geschlossen.

Während der „Säuberungsaktionen“ der Taliban im aktuellen Berichtszeitraum war es schwierig festzustellen, ob die Christen explizit wegen ihres Glaubens oder wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit misshandelt wurden. Entsprechend der Methodik hinter dem Weltverfolgungsindex wertet Open Doors nur solche Vorfälle als Verfolgung, die eindeutig auf den



christlichen Glauben zurückzuführen sind (dazu zählen Morde, Angriffe auf Geschäfts- und Wohnhäuser, sonstige physische Gewalt, Vertreibung, Inhaftierung, etc.).

Außerdem haben sich zahlreiche Christen versteckt oder sind ins Ausland geflohen, weshalb die Zahl dokumentierter Gewalttaten wesentlich geringer als im Vorjahr ausfiel. Die Menschen sind schlichtweg nicht mehr greifbar. Dadurch ist die Punktzahl im Bereich Gewalt deutlich gefallen (auf 4,6 statt 15 Punkte). Das hat Auswirkungen auf die Gesamtpunktzahl, so dass Afghanistan von zuletzt Rang 1 aktuell im WVI 2023 auf Rang 9 eingeordnet ist.

Die Verfolgungssituation der Christen wird anhand der WVI-Methodik erfasst, so dass alle im Land existierenden christlichen Gemeinschaften (traditionelle und nicht-traditionelle Kirchen, Untergrund- bzw. Hauskirchen von Konvertiten, Gemeinschaften ausländischer Christen) einbezogen werden. Während zahlreiche einheimische Christen aus dem Land geflohen sind, konnten einige ausländische NGOs mit ihren teils christlichen Mitarbeitern ins Land zurückkehren. Diese Gemeinschaften von Christen können sich zum Gebet und anderen Veranstaltungen treffen, was in die Untersuchung des Druckes in den einzelnen Lebensbereichen (Privat-, Familien-, gesellschaftliches und nationales sowie kirchliches Leben) einbezogen wird. Deshalb ist die Punktzahl auch in diesen Bereichen etwas gesunken, was sich auf das Ranking im WVI auswirkt. Die im Land verbliebenen einheimischen Christen leben ihren Glauben überaus vorsichtig. Und dennoch konvertieren weiterhin Muslime zum christlichen Glauben.

4. Nicaragua und andere Länder in Lateinamerika erhöhen Druck auf Christen

Der Weltverfolgungsindex 2023 führt vier lateinamerikanische Länder auf: Nicaragua (#50) ist dabei zum ersten Mal in den Top 50 vertreten. Ebenfalls gelistet sind Kolumbien (#22), Kuba (#27) und Mexiko (#38).

Im Durchschnitt stieg die Gesamtpunktzahl in jedem der vier Länder um 4,2 Punkte, wobei Nicaragua sich mit der Erhöhung von 8 Punkten am deutlichsten verschlechterte. Nach öffentlichen Protesten im April 2018 nahmen die Repressionen der Regierung dort kontinuierlich zu. Während des Berichtszeitraums haben Präsident Ortega und seine Frau viel unternommen, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Kirchengemeinden waren ein bevorzugtes Ziel, da sie im Land einen guten Ruf haben und ihre Stimme großen Einfluss hat. Etliche ihrer Gebäude wurden beschädigt, christliche Fernsender und Hochschulen geschlossen, mehrere christliche Leiter wurden ausgewiesen.

Zum Vergleich: In den afrikanischen Ländern südlich der Sahara stiegen die Punktzahlen der im WVI aufgeführten Länder um durchschnittlich 1,5 Punkte. In Asien sanken die Werte im Durchschnitt um 0,4 Punkte.

Die höheren Punktzahlen in Lateinamerika führten zu schlechteren Platzierungen im WVI. Kolumbien rangiert 2023 auf Platz 22, gegenüber Platz 30 im Vorjahr. Kuba rückte um 10 Plätze auf Platz 27 vor und Mexiko um 5 Plätze auf Platz 38.

Die deutlich verschlechterte Lage der Christen in diesen Ländern liegt primär darin begründet, dass korrupte und inkompetente Regierungen kriminellen Gruppen und ethnischen Führern vor allem in ländlichen Regionen Raum gegeben haben, sich zu formieren, zu erstarken und zu Verfolgern zu werden. Die Netzwerke der Kriminellen wachsen, sie beherrschen große Gebiete.



Die gewalttätigen Vorfälle richteten sich bevorzugt gegen Christen, da von ihnen keine Gegengewalt befürchtet wird. Von den Regierungen können christlichen Gemeinschaften kaum Schutz vor solchen Angriffen erwarten. Dabei nimmt die Brutalität bei den Angriffen auf Christen zu. Neben Schlägen, fingierten Unfällen und Entführungen kommt es teilweise auch zu Fällen von Verstümmelung. Christen, die sich kriminellen Gruppen entgegenstellen, sind besonders in jenen Regionen gefährdet, wo diese um die Vorherrschaft kämpfen. Nicht selten müssen sie aus ihren Gemeinschaften und manchmal auch aus dem Land fliehen.

Der besondere, halbautonome Rechtsstatus, den indigene Bevölkerungsgruppen in Teilen Lateinamerikas genießen, ist ein zweischneidiges Schwert. Denn die Selbstbestimmung über das Ausleben von lokaler Kultur und Bräuchen und die autonome Regelung innerer Angelegenheiten hat zur Folge, dass indigene Bürger, die Gemeinschaftstraditionen aufgeben, um Christen zu werden, keinen staatlichen Schutz genießen, wenn sie aufgrund dessen Belästigung, Diskriminierung und Verfolgung erfahren. In Nicaragua, aber auch in Kuba und Venezuela sind Kirchenleiter immer stärker von Repressionen durch die Regierung betroffen. Die Feindseligkeit gegenüber der Präsenz der Kirche im öffentlichen Raum nimmt zu, etwa wenn diese eine biblisch fundierte Sichtweise zu Gender-Fragen vertritt. Bei Aufmärschen und Demonstrationen für geschlechtliche Selbstbestimmung kommt es regelmäßig zu Angriffen auf Kirchengebäude. Diese Einschüchterungen führen bei Christen vermehrt zu Selbstzensur.

5. Exodus der Christen aus dem Nahen Osten hält an

Die christlichen Gemeinschaften im Nahen Osten (Libanon, Syrien/#12, Irak/#18, Jordanien/#49 und Israel/Palästinensische Gebiete) schrumpfen aufgrund der schwierigen Lebensbedingungen sowie Diskriminierung und Verfolgung. Seit dem Aufkommen des IS und der Verbreitung islamistischen Gedankenguts haben Christen im Irak und in Syrien Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Insbesondere junge Christen sind mit hoher Arbeitslosigkeit und ständigen Anfeindungen konfrontiert, was ihren Wunsch nach Auswanderung fördert. Wegen ihres Glaubens werden sie im Bildungswesen stark diskriminiert und bei Behörden schikaniert. Christen im Nordosten Syriens sind den Angriffen der Türkei (#41) auf ihre Dörfer ausgesetzt, bei denen Dutzende von Kirchen, christliche Friedhöfe, Schulen und andere wichtige Gebäude schwer beschädigt wurden. Deshalb verlassen viele ihre überwiegend von Christen bewohnte Region. Konvertiten vom Islam zum christlichen Glauben gelten als potenzielle Unruhestifter und mitunter gar als Bedrohung der nationalen Sicherheit. Von den Sicherheitsdiensten werden sie aufgefordert, sich weder mit anderen Christen zu treffen noch sich an christlichen Aktivitäten zu beteiligen. Die schlimmstmögliche Folge für Abkehr vom Islam ist die Todesstrafe, die jedoch normalerweise nicht von den staatlichen Behörden, sondern von den Familien vollstreckt wird („Ehrenmorde“), so etwa im [Irak](#).